

IPPNW fordert Hoppe zur Ablehnung der eGK auf

Im Vorfeld des Deutschen Ärztetages werden die Forderung nach einer eindeutigen Aussage der Delegierten zur elektronischen Gesundheitskarte immer lauter. Nun wurde auch Bundesärztekammer-Präsident Prof. Jörg-Dietrich Hoppe direkt mit der Forderung konfrontiert, endlich für Klarheit zu sorgen: Die Mitgliederversammlung der Ärzteorganisation IPPNW verabschiedete in seinem Beisein eine Resolution gegen das Kartenprojekt.

Hoppe besuchte die Versammlung in Berlin anlässlich der 5-Jahr-Feier der deutschen Sektion der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung). In der dort verabschiedeten Resolution heißt es: "Wir lehnen die Einführung der geplanten, so genannten elektronischen Gesundheitskarte ab."

Das Arzt-Patienten-Verhältnis könne durch die Speicherung sensibler Patientendaten in zentralen Servern schwer beschädigt oder sogar zerstört werden. "Die Bevölkerung kann mit Hilfe des elektronischen Rezeptes in Risikoklassen eingeteilt werden, die den Patienten, ihren Kindern und Kindeskindern lebenslang anhaften werden. Der Zugriff auf Daten für unbefugte Dritte und der Datenmissbrauch sind vorprogrammiert", warnt der Verband in dem Schreiben.

Einen diesen rechtfertigenden medizinischen Nutzen gebe es nicht. Die Kosten dieser milliardenschweren Entwicklung in Richtung einer Überwachungsgesellschaft würden auf Patienten und Ärzte abgewälzt. "Deshalb lehnen wir die Einführung der Gesundheitskarte und die Beteiligung an jeglichen Feldversuchen dazu ab und fordern unsere jeweiligen kassenärztlichen Vereinigungen und Ärztekammern auf, die weitere Mitarbeit an diesem Projekt aufzukündigen."

Stattdessen sei es dringend geboten, dass in allen Ärztekammerbezirken Informationsveranstaltungen und Abstimmungen durchgeführt würden, um gegen diese staatlich verordnete Bedrohung eines unabhängigen Arzt-Patienten-Verhältnisses zu protestieren. Insbesondere sei der Deutsche Ärztetag vom 15.-18.5.2007 in Münster aufgefordert, sich eindeutig ablehnend zur Einführung der "elektronischen Gesundheitskarte" zu positionieren.